

Beschluss

Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, in Kooperation mit der Europäischen Union und dem UN-Menschenrechtsrat in Genf (UNHRC)

- die Regierung Sri Lankas zu einer von Armee und Regierung unabhängigen Untersuchung zu drängen wegen des mittlerweile erhärteten Verdachts, in der Endphase des Bürgerkrieges 2009 massive Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben,
- falls die Regierung Sri Lankas diese Vorgabe in dem von UNHRC geforderten Zeitrahmen bis März 2014 nicht einhält, auf eine vom UNHRC einzuberufenden internationalen Untersuchung zu drängen,
- dafür Sorge zu tragen, dass die massive Militärpräsenz in der Nord Provinz reduziert wird und Binnen Vertriebenen (IDP) Rückkehrrecht in ihre Heimatdörfer haben,
- sich dafür einzusetzen, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen u.a. Vergewaltigungen und Exekutionen während der Militäroffensive im Jahr 2009 zur Rechenschaft gezogen werden,
- sich dafür einzusetzen, dass der Wahlerfolg der „Tamil National Alliance“ vom September 2013 zur Provinzregierung im Norden anerkannt wird und dieser Provinzregierung die Rechte, die ihr nach der Verfassung Sri Lankas zustehen, umgehend und vollständig gewährt werden,
- darauf zu drängen, alle politischen Gefangenen freizulassen und nachweisbare Rechenschaft über ihre derzeitige Zahl zu geben,
- anzumahnen dass, keine Militärs mehr in politische Ämter berufen werden,
- und eine enge Zusammenarbeit mit dem UNHRC in Bezug auf Sri Lanka anzustreben.